

# Ambivalente Einstellungen zur wirtschaftlichen Öffnung Südkoreas seit der Asienkrise

Heike Hermanns

## 1 Einleitung

Die Asienkrise von 1997 löste in Südkorea viele Veränderungen in der wirtschaftlichen und sozialen Situation des Landes aus. Präsident Kim Dae-jung bezeichnete die Reformen als unumgänglich und initiierte ein ambitioniertes Reformprogramm. Die Einführung der Marktwirtschaft brachte das Ende des „besonderen koreanischen Entwicklungsmodells“, in dem der Staat oft in die Wirtschaft eingriff. Die Öffnungspolitik war eine Reaktion auf weltweite Globalisierungstendenzen, denen das Land nun vermehrt ausgesetzt war. Diese Entwicklungen beeinflussten jeden Lebensbereich in Korea, aber die Einstellungen der Bevölkerung zu den Umgestaltungen sind weitgehend unbekannt. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre offenbarten viele Koreaner ambivalente Gefühle in Bezug auf Marktwirtschaft und Öffnungspolitik und waren nicht immer einverstanden mit der Richtung der Entwicklung, sahen aber letztendlich Vorteile für die fernere Zukunft.

Der wirtschaftliche Aufschwung Südkoreas in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist weltweit zur Kenntnis genommen und bewundert worden. Seit Beginn der 1960er-Jahre hat sich Südkorea von einer Agrargesellschaft zu einer der größten Handelsnationen der Welt entwickelt. Eine Anerkennung des wirtschaftlichen Fortschritts stellte die Aufnahme Koreas in den „Club der reichen Länder“, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im Jahre 1996 dar. Der oft als „Wunder vom Han-Fluss“ beschriebene wirtschaftliche Aufschwung fand im Herbst 1997 sein abruptes Ende, als das Land ein Opfer der asiatischen Wirtschaftskrise wurde. Arbeitslosigkeit und Firmeninsolvenzen stiegen drastisch an, während die Währungsreserven des Landes dahinschwanden. Die Asienkrise zerstörte für viele Koreaner die Illusion, dass die Wirtschaft und damit auch der Wohlstand der Bevölkerung kontinuierlich wachsen könnten. Die Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft und Politik Koreas sind vielfach untersucht worden, die

Einstellungen der koreanischen Bevölkerung zu Krise und Reformen dagegen sind weit weniger erforscht. Diese Beobachtungen sind jedoch wichtig, da die Unterstützung der Bevölkerung unentbehrlich für die Überwindung der Krise und den Erfolg der Reformen ist.

Dieser Beitrag stellt die subjektiven Bewertungen von Koreanern in den Vordergrund und untersucht die Haltungen und Einstellungen zu den Veränderungen seit der Asienkrise von 1997. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts waren unter Koreanern negative Gefühle über sowohl die wirtschaftliche Entwicklung als auch die familiäre Situation weitverbreitet. Dabei zeigten sich durchaus regionale Unterschiede, die auch mit der Einschätzung der Regierung Kim Dae-jung verbunden waren. Viele Koreaner beurteilten die Öffnungspolitik positiv, obwohl sie gleichzeitig mit den Entwicklungen unzufrieden waren. In Anbetracht der negativen Tendenzen waren viele Koreaner nicht völlig von den Vorteilen der Marktwirtschaft überzeugt. Viele Teilnehmer befürworteten staatliche Eingriffe zum Schutz von Unternehmen und Branchen, die durch die Veränderungen gefährdet waren. Die Kultur und Traditionen des Landes wurden als besonders bedroht angesehen, während die Öffnungspolitik Vorteile für koreanische Firmen und den Handel brachte. Die Teilnehmer verstanden Globalisierung mehr als eine Bewegung nach außen denn als die Öffnung des Landes für Menschen, Ideen, Finanzen und Waren aus anderen Ländern.

Nachfolgend soll zunächst eine kurze Übersicht über die Herkunft der Umfragedaten, die diesem Beitrag zugrunde liegen, gegeben werden. Danach folgt eine kurze Beschreibung der wirtschaftlichen Krise und der Öffnungspolitik, um den Hintergrund der Ergebnisse zu beleuchten. Die Erfahrungen mit den Reformen und der Einfluss auf die Situation in Korea im Allgemeinen und für die eigene Familie im Besonderen werden dann beschrieben. Im nächsten Abschnitt werden die Haltungen zur Marktwirtschaft und Subventionen dargestellt. Der folgende Teil beleuchtet die Einstellungen zur Öffnungspolitik, deren Vor- und Nachteile sowie bevorzugte Arbeitsplätze näher. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse und ein kurzer Ausblick auf die Zukunft schließen den Artikel ab.

## 2 Hintergrund der Datenquelle und des Projekts

Das Politics-Department der Universität Glasgow in Schottland führte von 2002 bis 2004 ein Forschungsprojekt durch, in dem die Einstellungen zu und Erfahrungen mit der wirtschaftlichen Öffnung und Globalisierung in Ostasien und Osteuropa vergleichend untersucht wurden.<sup>1</sup> Als Studienobjekte wurden in Asien Südkorea und Vietnam ausgewählt und zum Vergleich in Osteuropa die Tschechische Republik und die Ukraine. In allen vier Ländern wurden im Sommer 2002 mehrere Fokusgruppen

---

<sup>1</sup> Weitere Informationen zu dem Projekt „Public Attitudes toward Openness in East Asia and East Europe“ und daraus resultierende Veröffentlichungen und Konferenzpapiere finden sich unter [www.gla.ac.uk/politics/globalisation](http://www.gla.ac.uk/politics/globalisation). Das Projekt wurde vom britischen Economic and Social Research Council (ESRC) finanziert und von Dr. Jane Duckett und Professor William Miller geleitet (Projektnummer: R000239581).

befragt und im darauf folgenden Jahr eine größere repräsentative Umfrage mit rund 1.500 Teilnehmern in jedem Land durchgeführt.<sup>2</sup> Zusätzlich zu dieser Gruppe wurden auch noch jeweils 500 Mitglieder einer „lokalen Elite“ befragt, die aus Bürokraten und gewählten Repräsentanten in den Parlamenten der regionalen und lokalen Verwaltungsebene ausgewählt wurden. Hauptthemen des Projekts waren die Einstellungen zur wirtschaftlichen Öffnung und zur Einbindung des jeweiligen Landes in die Weltwirtschaft sowie die Auswirkungen der Öffnungspolitik auf das tägliche Leben. Darüber hinaus wurden die Einstellungen zu anderen Ländern und ausländischen Firmen und Marken sowie der Widerstand gegen wirtschaftliche und kulturelle Einflüsse aus anderen Ländern untersucht.

### 3 Die „IWF-Krise“ und die Öffnungspolitik

Nach drei Jahrzehnten nahezu ununterbrochenen Wirtschaftswachstums erfasste die asiatische Finanzkrise Korea im Herbst 1997. Um die Zahlungsfähigkeit des Landes zu erhalten, akzeptierte die koreanische Regierung in November 1997 einen Kredit des Internationalen Währungsfonds (IWF), der mit Auflagen zur wirtschaftlichen Reform und Öffnung des Landes verbunden war. Daher bürgerte sich in Korea die Bezeichnung „IWF-Krise“ für die Wirtschaftskrise ein, und der IWF wurde oftmals als der eigentliche Verursacher der Krise angesehen. Viele Koreaner betrachteten die Unterzeichnung des Vertrages mit dem IWF als nationale Schande (Lee 1997). Über drei Viertel aller Koreaner waren auch persönlich wegen der Wirtschaftskrise beschämt (Shin und Rose 2000: 12). Nüchterne Betrachtungen in der Bevölkerung und Literatur sahen dagegen vor allem die Wirtschafts- und Liberalisierungspolitik der 1990er-Jahre und die Dominanz der koreanischen Unternehmenskonglomerate (*chaeból*) im Wirtschaftsgeschehen als Ursachen der Krise an, die den Finanzmarkt außer Kontrolle geraten ließen (Chang 1998; Mo und Moon 1999; You und Lee 1999).

Das Strukturanpassungsprogramm des IWF war darauf ausgelegt, die Rahmenbedingungen für eine freie Marktwirtschaft zu schaffen, um damit Korea aus der Krise herauszuführen. Dabei spielten die Reform und Öffnung des Finanzmarkts und Arbeitsrechtsreformen eine wichtige Rolle.<sup>3</sup> Die Regierung Kim Dae-jung veranlasste außerdem Reformen im Unternehmensbereich und im öffentlichen Dienst. Die Reformprogramme bedeuteten das Ende des „besonderen koreanischen Entwicklungsmodells“ und das Land wurde für den internationalen Wettbewerb geöffnet. Ausländische Investoren und Firmen kamen in größerer Zahl nach Korea. Als Folge der Krise stiegen die Zahl der Firmeninsolvenzen und die Arbeitslosenquote, während die Reallöhne sanken. Kurzfristige Arbeitsverträge und Teilzeit-

---

<sup>2</sup> Obwohl Repräsentativität angestrebt wurde, gibt es auf Grund der Auswahlmethode einige Ausnahmen, z.B. sind Koreaner, die in der Landwirtschaft beschäftigt sind, untervertreten.

<sup>3</sup> Siehe auch den Letter of Intent, den die koreanische Regierung im Dezember 1997 dem IWF übermittelt hatte (IMF 1997).

positionen wurden für viele Koreaner Realität und das System der „lebenslang“ garantierten Arbeitsplätze geriet unter Druck.<sup>4</sup>

Die Wirtschaft erholte sich relativ schnell von der Krise: Im Jahre 1999 erreichte Korea wieder eine zweistellige Wachstumsrate. Dadurch war das Land in der Lage, den IWF-Kredit frühzeitig im August 2001 voll zurückzuzahlen. Der schnelle Aufschwung führte dazu, dass weitere Reformmaßnahmen vernachlässigt wurden und manche Reformen unvollendet blieben (Kim 2003; Park Yoon-Shik 2002). In den darauf folgenden Jahren verlangsamte sich das Wachstum und stieg im Jahre 2003 um nur 3 Prozent. Obwohl die allgemeine Arbeitslosenrate von ihrem Höhepunkt im Februar 1999 (8,8%) wieder auf Vorkrisenniveau gesunken ist (3,7% im Januar 2004), ist besonders unter jungen Leuten die Arbeitslosenquote weiterhin hoch (8,7% für die unter 30-Jährigen).

## 4 Erfahrungen mit den Reformen

Die Reformpolitik brachte viele Veränderungen für das Land, die nicht immer positiv beurteilt wurden. In Sommer 2003 waren die meisten Koreaner nicht zufrieden mit der Situation in Korea und den wirtschaftlichen Entwicklungen der zurückliegenden fünf Jahre. Die überwältigende Mehrheit (83%) äußerte sich negativ über die allgemeine Lage in Korea, während nur 14 Prozent zufrieden waren. Dabei zeigte sich ein Unterschied zwischen der Bevölkerung und der Elitegruppe: 85 Prozent der Bevölkerung waren unzufrieden mit den allgemeinen Zuständen in Korea, von den lokalen Politikern waren es 79 Prozent und nur 71 Prozent der Bürokraten. Im regionalen Vergleich gab es ebenfalls einige Differenzen: In Cheju-do war ein Drittel durchaus mit der Situation zufrieden, aber nur 8 Prozent in Zentralkorea (Chungchong-do<sup>5</sup> und Taejon). Negative Tendenzen wurden in allen Lebensbereichen bemängelt: Kriminalität und Korruption waren seit der Krise angestiegen (86%), der Respekt für Kultur und Traditionen nahm ab (66%), die Umwelt verschlechterte sich und Umweltverschmutzung nahm zu (78%).

Auch die wirtschaftliche Lage hat sich in den letzten fünf bis zehn Jahren in den Augen der meisten Koreaner verschlechtert (72%, Tabelle 1). 29 Prozent fanden sogar, dass sich die wirtschaftliche Lage stark verschlechtert habe. Nur ein Viertel sah einen leichten Auswärtstrend. Dabei war die Elitegruppe wieder leicht positiver eingestellt. Es zeigte sich aber auch ein Geschlechterunterschied: 71 Prozent der männlichen Befragten sahen einen Abwärtstrend, aber unter Koreanerinnen stieg

<sup>4</sup> Auch vor der Krise waren viele Koreaner nicht in „regulären“ Arbeitsverhältnissen beschäftigt: 1996 kamen 55% der Beschäftigten in den Genuss der Vorteile, die diese Arbeitsplätze brachten, während andere Angestellte ohne Pension, Sozialversorgung und feste Verträge auskommen mussten. Vor allem Frauen arbeiten oft unbezahlt in Familienbetrieben. Die Zahl der „regulären“ Angestellten verringerte sich auf 48% im Jahre 2002.

<sup>5</sup> Die koreanischen Provinzen, die in einen nördlichen und südlichen Teil geteilt sind, werden hier als eine Einheit betrachtet, und das koreanische Suffix für Provinz (-do) wird benutzt.

dieser Anteil auf 77 Prozent. Im Vergleich der Einschätzungen der allgemeinen und der wirtschaftlichen Lage zeigte sich, dass nur 7 Prozent in beiden Bereichen zufrieden waren. Zwei Drittel dagegen sahen eine Verschlechterung sowohl in der allgemeinen Situation des Landes wie auch in der wirtschaftlichen Entwicklung.

In den subjektiven Charakterisierungen der Veränderungen während der letzten Jahre zeigten sich einige regionale Unterschiede: Einwohner von Cholla-do und Kwangju in Südwesten Koreas waren weitaus positiver eingestellt als ihre Landsleute in Chungchong-do und Kyongsang-do (Zentral- und Südostkorea). In dieser Einschätzung der Umwandlungen spiegelten sich die verschiedenen Lager der koreanischen Politik wider. Kyongsang-do war lange Zeit die bevorzugte Region für Industrieprojekte und Investitionen, da von Park Chung-hee bis Kim Young-sam alle Präsidenten aus dieser Region stammten. Von der Regierung Kim Dae-jung fühlte sich Kyongsang-do nun vernachlässigt, sodass dort 81 Prozent mit der allgemeinen Lage und 74 Prozent mit der wirtschaftlichen Situation unzufrieden waren. Auch Chungchong-do war von Kim Dae-jung enttäuscht, da die anfängliche Regierungskoalition von diesem und Kim Jong-pil, der seine Basis in der Region hatte, auseinander gebrochen war. Hier erreichte die Unzufriedenheit mit der generellen Lage 90 Prozent und mit der Wirtschaft 82 Prozent. In Cholla-do dagegen waren die Erwartungen in Bezug auf eine bessere Behandlung der Provinz nach der Wahl Kims hoch, da er als der erste „Sohn des Südwestens“ an die Macht in Seoul gekommen war. In dieser Region waren 81 Prozent nicht zufrieden mit der allgemeinen Lage, und nur 49 Prozent sahen eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation, beides Werte, die unter dem Landesdurchschnitt lagen. Unter den Teilnehmern, die sowohl die generelle Situation als auch die wirtschaftliche Entwicklung als positiv betrachteten, fand sich nur in Cholla-do und Kyonggi-do eine Mehrheit.

Die jährlichen Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts der einzelnen Regionen spiegelten diese subjektiven Eindrücke der wirtschaftlichen Entwicklung nicht wider. Chungchong-do und Taejon erzielten in den Jahren nach der Krise vergleichbare oder bessere Wachstumsraten als Cholla-do und Kwangju.<sup>6</sup> Das Urteil über die gegenwärtige Regierung<sup>7</sup> und ihre Strategien zeigte jedoch ähnliche regionale Differenzen. Landesweit beurteilten 43 Prozent die Regierung als gut für Korea und 48 Prozent als schlecht. In Cholla-do sahen zwei Drittel die Regierungspolitik als gut an (11% „sehr gut“, 53% „gut“), aber in Chungchong-do und Kyongsang-do sank die positive Bewertung auf 46 und 42 Prozent ab. Die Umfragedaten ließen offen, ob die unterschiedlicheren Beurteilungen der Entwicklungen der letzten Jahre

---

<sup>6</sup> Die durchschnittliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ist hier nur als Indikator eines Trends anzusehen: Landesweit stieg das BIP im Durchschnitt um 8,5% zwischen 1999 und 2002. In Chungchong-bukdo lag die durchschnittliche Wachstumsrate bei 7,2%, in Chungchong-namdo bei 10,4% und in Taejon bei 9,5%. Im Südwesten waren die Werte niedriger: 4,6% in Cholla-namdo, 6,1% in Cholla-bukdo und 9,3% in Kwangju (Daten vom Statistikamt Koreas, [www.nso.go.kr](http://www.nso.go.kr), Aufruf am 8.3.2004).

<sup>7</sup> Zum Zeitpunkt der Umfrage war dies die Regierung Roh Moo-hyun, die mit einer Mehrheit des Südwestens und der ehemaligen Partei Kim Dae-jungs gewählt wurde.

auf subjektive Einschätzungen der wirtschaftlichen Lage zurückzuführen waren oder ein Urteil über die Politik Kim Dae-jungs und seines Nachfolgers darstellten, aber beide Einflüsse schienen eine Rolle zu spielen. Regierungsfreundlichkeit schlug sich nicht automatisch auf die Einschätzung der Lage in Korea aus: Über drei Viertel der Befragten mit positiver Haltung zur Regierung beurteilten die allgemeine und auch die wirtschaftliche Lage trotzdem als schlecht. Die Beurteilung des Lebensstandards der eigenen Familie wurde jedoch positiv von der Bewertung der Regierung beeinflusst.

In der ersten Phase der Krise waren in der koreanischen Presse Stimmen zu hören, dass die Krise eine ausländische Verschwörung gegen Korea sei (z.B. Byun 1998; Cho 1998). Diese Haltung schwächte sich aber bald ab, und die Ursachen der Krise wurden rationaler untersucht. Hayo und Shin (2002: 9) fanden, dass im Jahre 1999 Koreaner hauptsächlich eigene Institutionen und Verhaltensweisen als Ursache der Krise sahen und erst in zweiter Linie externen Druck. Diese Haltung war auch 2003 weit verbreitet, sieben von zehn Koreanern sahen die Wirtschaftsentwicklung mehr von internen Trends geleitet als durch ausländische Einflüsse. In Cholla-do war allerdings die Zahl derjenigen, die Ausländer verantwortlich machten, doppelt so hoch wie in den anderen Regionen Koreas. Auch Lokalpolitiker waren eher bereit, die Verantwortung für die Wirtschaftsentwicklung im Ausland zu suchen.

Eine weitere Frage der Glasgower Umfrage erforschte, welche Gruppe innerhalb Koreas von den Teilnehmern eher als Initiator der Veränderungen in der Wirtschaft betrachtet wurde, die Regierung oder koreanische Geschäftsleute und Arbeiter. In allen Regionen wurde die Regierung mehrheitlich als Hauptverursacher der Wandlungen angesehen (58%), aber die Antworten wiesen einen Geschlechterunterschied von 10 Prozentpunkten auf. Nahezu zwei Drittel der Frauen hielten die Regierung in Bezug auf den Verlauf der Wirtschaft für verantwortlich, aber nur 54 Prozent der Männer. Die Teilnehmer, die eine negative Entwicklung spürten, nahmen dafür eher die Regierung in die Pflicht; in der positiven Gruppe wurde jedoch Geschäftsleuten und Arbeitern mehr Verantwortung zugeschrieben.

Die koreanische Wirtschaft konnte sich relativ schnell von der Krise erholen und verzeichnete schon 1999 wieder eine zweistellige Wachstumsrate. Obgleich auf Grund der schnellen Erholung viele Reformen unvollendet blieben, beschrieben Kritiker den Reformprozess als zu umfangreich und zu schnell (vgl. Lee 1999; Park Hun Joo 2002). In der Glasgower Umfrage teilten sich die Urteile über das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung in zwei nahezu gleichgroße Gruppen: Für 48 Prozent war der wirtschaftliche Wandel zu schnell und für 43 Prozent zu langsam. Frauen waren eher der Meinung, dass sich die Wirtschaft zu schnell entwickelt habe, ebenso wie Teilnehmer ohne Universitätsabschluss. In Cheju-do, Chungchong-do und Cholla-do und bei in der Landwirtschaft Beschäftigten war diese Meinung ebenfalls vermehrt vertreten. In Seoul und unter ungelerten Arbeitern fanden sich dagegen verstärkt Stimmen, die den Prozess als zu langsam bewerteten. Die Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahrzehnte brachte sowohl Vorteile wie auch Nachteile. 51 Prozent der Befragten sahen mehr Nachteile, während 41 Prozent eher mehr Vorteile entdeckten. Die Gruppe der Befürworter war erwartungsgemäß nahezu identisch mit

der, die mehr Vorteile in einer schnelleren Entwicklung sah. Vor allem in Seoul und Umgebung (Kyonggi-do und Inch'on) und unter besser ausgebildeten Koreanern fand sich diese Meinung, die das koreanische Entwicklungsmodell unterstützte. Mehr Probleme durch die Wirtschaftsentwicklung sahen eher Frauen, Bauern, staatliche Angestellte und die Bürokraten in der Elitegruppe. Auch in Chungchong-do, Cheju-do und Kangwon-do an der Ostküste waren mehr Nachteile zu spüren, wie auch schon in den oben erwähnten Fragen nach den Entwicklungen der letzten fünf bis zehn Jahre. Die Veränderungen der letzten fünf Jahre schienen in diesen Antworten eine größere Rolle zu spielen als langfristige Beobachtungen über mehrere Jahrzehnte, was die große Bedeutung der Krise für viele Koreaner in der Beurteilung des Wirtschaftsgeschehens unterstreicht.

#### **4.1 Situation der eigenen Familie**

Obwohl viele Koreaner mit der allgemeinen Entwicklung des Landes nicht zufrieden waren, schätzten sie die Situation der eigenen Familie positiver ein. Für 50 Prozent hatte sich der Lebensstandard der eigenen Familie in den letzten fünf bis zehn Jahren verbessert. Für eine nahezu gleichgroße Gruppe war die Situation dagegen schlechter, für 12 Prozent sogar viel schlechter (Tabelle 1).<sup>8</sup> Die Gewinner fanden sich öfter in Kangwon-do und Cholla-do, während sich in industriellen Gebieten, vor allem in Pusan, die Lage eher verschlechtert hatte. Zu den Verlierern gehörten Facharbeiter, ungelernete Arbeiter und Selbstständige und besonders Bauern (71%). Gewinner waren eher unter Geschäftsleuten und Freiberuflern wie Anwälten und Ärzten zu finden. Auch die Elitegruppe hatte in den vorhergehenden Jahren eine positivere Erfahrung: Zwei von drei Eliteteilnehmern gaben an, sie hätten einen besseren Lebensstandard erreicht. Unter den Beschäftigten in staatlichen Firmen und im öffentlichen Dienst waren besonders viele Teilnehmer, die mit der Situation der eigenen Familie zufrieden waren. Bürokraten fühlten sich offenbar eher von den Auswirkungen der Krise und Reformpolitik abgeschirmt.

Im direkten Vergleich von wirtschaftlicher und familiärer Entwicklung verdoppelte sich die Zahl der positiven Antworten im Bezug auf die eigene Situation (Tabelle 1). Für viele Koreaner ging jedoch die Besserung der allgemeinen Lage nicht mit einem Anstieg des Lebensstandards der eigenen Familie einher. Nur jeder Fünfte sah in beiden Aspekten Fortschritt, während 42 Prozent erklärten, dass sich sowohl die wirtschaftliche Situation im Allgemeinen wie auch der eigenen Familie verschlechtert habe. Für 7 Prozent hatte sich die eigene Situation verschlechtert, obwohl die Wirtschaft Fortschritte machte, während 32 Prozent eine Verbesserung des eigenen Lebensstandards feststellten, wiewohl sie die wirtschaftliche Lage als schlechter beurteilten.

---

<sup>8</sup> Kim und Finch (2002) geben einige Beispiele koreanischer Familien, die ähnliche Erfahrungen beschreiben.

**Tabelle 1: Entwicklung der wirtschaftlichen Situation des Landes und des Lebensstandards der eigenen Familie in den letzten fünf bis zehn Jahren**

	Wirtschaftliche Situation in Korea	Lebensstandard der eigenen Familie
Viel besser	1,7%	3,6%
Etwas besser	24,6%	47,1%
Etwas schlechter	43,4%	35,5%
Viel schlechter	29,1%	11,5%
Andere Antworten	1,2%	2,3%

Quelle: Eigene Umfragedaten.

Die Ergebnisse schienen auf eine Verschlechterung der Lebensverhältnisse für viele Koreaner seit der Krise zu deuten. Allerdings wiesen Daten früherer Umfragen einen ähnlichen Grad von Missfallen auf: 1992 sahen nur 16 Prozent eine Verbesserung in der finanziellen Situation der Familie verglichen mit den vorhergehenden Jahren, während über ein Viertel eine Verschlechterung sah (IKES 1992). Fünf Jahre später, im Frühling 1997, fand die Umfrage *Korea Barometer* (Shin und Rose 1997: 6) ein stärkeres Ausmaß von Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation der eigenen Familie. Nur knapp ein Viertel der Befragten war sorgenfrei, während 63 Prozent ihre Situation als schlecht und weitere 12 Prozent als sehr schlecht einstufen. Im darauffolgenden Jahr verschlechterte sich die Lage für alle etwas, aber 1999 war die Einschätzung der finanziellen Situation der eigenen Familie wieder auf Vorkrisenniveau (Shin und Rose 1998: 6, 2000: 6). In den subjektiven Bewertungen spielten daher offenbar auch noch andere Faktoren eine Rolle, wie etwa der Vergleich mit Familienmitgliedern, Nachbarn und anderen Koreanern. In der Glasgower Umfrage beschrieben die Mehrzahl der Teilnehmer (57%) ihr Familieneinkommen und ihren Lebensstandard als typisch für Korea. Dennoch nahmen sie an, dass die typische Familie in den letzten Jahr mehr profitiert habe als die eigene.

Trotz der oftmals negativen Anschauungen erklärten zwei Drittel der Befragten, dass sie mit ihrem gegenwärtigen Lebensstandard zufrieden seien, wie auch 78 Prozent der Bürokraten und 81 Prozent der Politiker. Letztere schätzten erwartungsgemäß ihr Familieneinkommen höher ein, denn ein gutes finanzielles Polster war eine Notwendigkeit für den Eintritt in die koreanische Politik. Koreanerinnen waren weniger positiv eingestellt als ihre männlichen Landsleute: 70 Prozent der Männer, aber nur 61 Prozent der Frauen waren zufrieden mit dem Lebensstandard der Familie. Von den Koreanern, die eine Arbeit außerhalb des Hauses hatten, schätzten vier von zehn ihr Familieneinkommen als gut oder genügend ein, aber nur ein Drittel der Hausfrauen war gleicher Meinung.<sup>9</sup> Bauern und Landarbeiter und gelernte wie ungelernete Arbeiter, alle gaben ihr Gesamteinkommen als gerade ausreichend oder zu niedrig an, um ihnen einen guten Lebensstandard zu ermöglichen.

<sup>9</sup> Hausfrauen machten 41 Prozent der Teilnehmerinnen aus.



Die Auswirkungen der Krise waren verstärkt für die Mittelschicht und die Arbeiterklasse zu spüren, da Arbeitslosigkeit und Unsicherheit über die berufliche Zukunft vor allem diese Schichten trafen (Lee 2002: 188). Begüterte Koreaner profitierten von steigenden Zinsen, während die Mittelschicht, die eher in Immobilien investiert hatte, durch den stagnierenden Markt finanziell schlechter abschnitt (Kim und Moon 2000: 69). Die Mittelschicht und die Arbeiterklasse hatte daher seit 1997 größere Lasten zu tragen als wohlhabendere Koreaner (Bullard, Bello und Mallhotra 1998; Park 1998). Die oben aufgeführte Charakterisierung der Veränderungen des eigenen Lebensstandards bestätigte diesen Impression, wie auch die Teilnehmer der Umfrage: Über 60 Prozent erläuterten, dass Reiche wesentlich mehr von den wirtschaftlichen Veränderungen profitiert hätten als Arme. Ein weiteres Drittel dachte, dass wohlhabendere Koreaner etwas mehr gewonnen hätten. Die Unterschiede zwischen Arm und Reich haben sich dadurch verstärkt: Die Mehrheit der Koreaner urteilte, dass sich in den letzten fünf bis zehn Jahren sowohl die Zahl der Begüterten (70%) als auch die der Mittellosen (80%) erhöht habe. Diese Entwicklung wurde von den meisten Koreanern nicht begrüßt, sodass über 90 Prozent erklärten, es solle weniger Unterschiede geben.<sup>10</sup> Dabei gab es wenige Gruppen, die eine andere Meinung hatten: Nur unter Farmarbeitern, Besitzern von Familienbetrieben und Protestanten fand sich eine überdurchschnittliche Zahl von Befürwortern größerer sozialer Unterschiede.

Die Glasgower Umfrage hinterfragte die Gründe für das bessere Abschneiden einiger Bevölkerungsgruppen seit der Krise mit Hilfe einiger Vorschläge. Dabei hob sich die Einstellung, dass Gewinner auch schon vorher mehr Einfluss gehabt hätten, ab. Vier von zehn männlichen Teilnehmern und 28 Prozent der Koreanerinnen stimmten dieser Äußerung zu. Auch in Kangwon-do und Cholla-do und unter Universitätsabsolventen und Bürokraten war diese Meinung weit verbreitet. In einer Fokusgruppe in einer Kleinstadt formulierte ein Bauer dies folgendermaßen: „Reiche Leute können auf Grund ihres Vermögens mehr Geld verdienen, aber in der Landwirtschaft ist kein Gewinn zu machen.“ Auf bessere Ausbildung und Fähigkeiten führten 28 Prozent der Frauen und 24 Prozent der Männer größere finanzielle Vorteile in den letzten Jahren zurück. Korruption erwähnten 15 Prozent, vor allem Koreaner mit geringerer Ausbildung. Gute Kontakte und Glück wurden weniger häufig genannt (13% und 7%). Diese Ergebnisse legten eine pessimistische Einstellung zu den Aufstiegschancen in der koreanischen Gesellschaft offen. Über die Hälfte der Teilnehmer glaubte, dass für eine Verbesserung der familiären wirtschaftlichen Lage in den letzten Jahren nicht persönliche Faktoren wie Ausbildung wichtig waren, sondern die Position in der Gesellschaft, die eine bessere Ausgangsposition oder persönliche Kontakte ermöglichte. Dies wurde oft als negativ empfunden, denn dieser Pessimismus über den eigenen Einfluss auf die eigenen Lebensumstände ging mit einer negativen Einschätzung der allgemeinen Lage in Korea einher.

---

<sup>10</sup> Dies war allerdings keine Folge der finanziellen Krise: Auch 1991 wurde diese Ungleichheit schon als ein großes Problem der koreanischen Wirtschaft erwähnt (SSSDS 1991).

## 5 Marktwirtschaft

Das Strukturanpassungsprogramm des IWF verfolgte als langfristiges Ziel die Umwandlung Koreas in ein marktwirtschaftliches System (Kalinowski 2002: 115). Dies wurde von Präsident Kim Dae-jung unterstützt, der in seiner Antrittsrede am 25. Februar 1998 erklärte: „Democracy and a market economy are like two sides of a coin and two wheels of a cart.“ Für viele Koreaner war jedoch die Entwicklung der Wirtschaft wichtiger als die der Demokratie, wie die Umfrage *Korea Barometer* aufzeigte. Die Entwicklung der Demokratie beurteilten 14 Prozent als sehr wichtig, aber 50 Prozent zogen die wirtschaftliche Entwicklung vor (Shin und Rose 2000: 26). Für ein Drittel war beides gleich wichtig. Die Bevölkerung war auch weniger enthusiastisch in ihrer Zustimmung zur Marktwirtschaft als Präsident Kim und zeigte eine ambivalente Haltung. Zwei Drittel der Teilnehmer dachten, dass es durchaus eine bessere Alternative zur Marktwirtschaft gebe. Eine positivere Einstellung zur Marktwirtschaft hatten die ältere Generation und Koreaner ohne höhere Schulbildung. Auf der negativen Seite fielen die Bürokraten auf, unter denen sich der größte Anteil eine bessere Alternative vorstellen konnte (7 Prozentpunkte über dem Durchschnitt). Die negative Haltung zur Marktwirtschaft ließ sich zum Teil mit der weitverbreiteten Meinung, dass diese nicht fair sei, erklären: Drei Viertel der Befragten stimmten dieser Aussage zu, insbesondere in ländlicheren Gegenden. Doch auch andere Gründe schienen eine Rolle zu spielen, denn eine leichte Mehrheit (53%) konnte sich ein besseres System als die Marktwirtschaft vorstellen, selbst wenn sie das System als fair einschätzten. 50 Prozent der Teilnehmer erläuterten, dass die Marktwirtschaft dem Land bisher keine wirtschaftliche Verbesserung gebracht habe. Eine kleine Gruppe von 8 Prozent glaubte indessen, dass sich durch die Marktwirtschaft die wirtschaftliche Lage des Landes verbessert habe. Der Einfluss dieses Systems auf die allgemeine Lage in Korea wurde noch niedriger eingeschätzt: Unter den Teilnehmern fanden sich nur 4 Prozent, die die Marktwirtschaft als gut beurteilten und positive Entwicklungen in den letzten Jahren wahrgenommen hatten. 56 Prozent dagegen waren nicht von der Marktwirtschaft überzeugt und sahen eine Verschlechterung der Situation in Korea.

Diesen gemischten Gefühlen über die Einführung der Marktwirtschaft zum Trotz erklärten 62 Prozent der Teilnehmer, dass die Marktwirtschaft das Land wohlhabender mache. Dabei zeigte sich wieder ein Geschlechterunterschied von 5 Prozentpunkten, Frauen sahen weniger positive Ergebnisse als männliche Teilnehmer. Im Gegensatz dazu zeigten die Antworten aus der Elitegruppe und von Stadtbewohnern eine positive Haltung zur Wohlstandsvermehrung durch die Marktwirtschaft. Nur ein Drittel derjenigen, die mehr Wohlstand sahen, fanden das System auch fair. Diese Ergebnisse ließen wieder die koreanische Präferenz für ein egalitäres System mit weniger Unterschieden zwischen Arm und Reich erkennen. Es wurde kein neoliberales Modell mit freiem Lauf der „unsichtbaren Hand“ des Marktes befürwortet, sondern eher ein Modell mit staatlichen Eingriffen, wie das koreanische Vorkrisenmodell oder eine soziale Marktwirtschaft. Diese Haltung fand sich auch in den Fo-

kusgruppen, so erklärte zum Beispiel ein 22-jähriger Student: „Wenn der Staat den Markt gut reguliert, kann der Abstand zwischen Arm und Reich reduziert werden.“

Während in Europa bestehende Sozialsysteme unter Berufung auf Globalisierungstendenzen und wachsende internationale Konkurrenz abgebaut wurden, begann die koreanische Regierung erst in den 1990er-Jahren mit der Erweiterung des rudimentären sozialen Absicherungssystems. In der Zeit des Wirtschaftsaufschwungs war der Aufbau eines sozialen Netzes vernachlässigt worden, da der wirtschaftlichen Entwicklung Vorrang eingeräumt wurde. Der schnelle Aufschwung schuf viele Arbeitsplätze und diente daher der Reduzierung der Armut in Korea. In Notfällen verließen sich Koreaner auf die eigene Familie. Die Asienkrise verstärkte jedoch die Notwendigkeit der Erweiterung des Sozialsystems. Während Kim Dae-jungs Präsidentschaft (1998-2003) wurden eine allgemeine Arbeitslosenversicherung und Krankenversicherung eingeführt und die gesetzliche Altersversorgung auf alle Arbeitnehmer und Selbstständige ausgeweitet. Allerdings wurde immer wieder geklagt, dass die Auszahlungen aus Kranken- und Arbeitslosenversicherung nicht ausreichend seien (Pew 2003: 105; Moon und Yang 2002: 182, 198). In einer Fokusgruppe äußerte eine Frau aus Seoul ihre Kritik wie folgt: „Ein bestimmte Gruppe von Leuten nutzte diese Mittel aus. Diejenigen, die sie wirklich brauchten, haben nicht profitiert.“

Sieben von zehn Koreanern sahen eine Rolle des Staates in der Unterstützung Hilfsbedürftiger. Die Glasgower Umfrage gab eine Wahl zwischen zwei Möglichkeiten: mehr staatliche Hilfe für Koreaner, die Probleme auf Grund der Öffnungspolitik hatten, oder mehr Eigeninitiative der Betroffenen im Sinne des neoliberalen Modells. Unter den Befürwortern von mehr staatlicher Hilfe hoben sich die Bewohner von Cheju-do, Bauern, Manager sowie Ärzte und Anwälte ab. Auch unter den Befürwortern der Marktwirtschaft und wirtschaftlicher Öffnung fanden staatliche Hilfen durchaus Unterstützung. Für mehr Eigeninitiative waren ältere Koreaner, Angehörige der koreanischen Armee und Arbeiter in Familienbetrieben und in der Landwirtschaft. Die Cholla-Region befürwortete ebenfalls mehr Eigeninitiative im Falle von Problemen durch die Öffnungspolitik. Diese Einstellung folgte eher dem Ansatz des erprobten koreanischen Entwicklungsmodells.

Schulungsmaßnahmen wurden von einer Mehrheit von Teilnehmern (62%) als der zweckmäßigste staatliche Eingriff identifiziert, vor allem von Koreanerinnen. In den Worten eines jungen Studenten in einer Fokusgruppe: „Zusätzlich zu finanzieller Unterstützung sollte die Regierung Arbeitssuchenden durch Schulung und Weiterbildung helfen, damit sie bessere Gelegenheiten wahrnehmen können.“ Direkte Subventionen an gefährdete Betriebe wurden von 27 Prozent der Befragten befürwortet, hier vor allem von denjenigen, die mehr Eigeninitiative der Betroffenen forderten. Nur 8 Prozent sahen direkte finanzielle Unterstützung als beste Lösung für in Not geratene Koreaner an. Indirekte Maßnahmen des Staates und Hilfe zur Selbsthilfe wurden also als konstruktiver angesehen als direkte Leistungen. Dabei hielten es acht von zehn Koreanern angebracht, diese Aktionen durch höhere Steuern für Wohlhabende zu finanzieren.

Regulierende Maßnahmen des Staates wie Subventionen und Preisgarantien fanden die Zustimmung von 50 Prozent der Befragten, während 44 Prozent weniger staatliche Interventionen bevorzugten. Erwartungsgemäß begrüßten Teilnehmer, die eher in der Verliergruppe der Reformen eingestuft werden konnten, größeren staatlichen Einfluss: Koreaner mit geringer Schulausbildung, ungelernete Arbeiter, Geschäftsleute und Besitzer landwirtschaftlicher Betriebe. Zuspruch fanden staatliche Maßnahmen auch eher in den älteren Generationen und in den Provinzen entlang der Ostküste und in Zentralkorea, sowie unter den gewählten Politikern. Weniger staatliche Interventionen forderten dagegen Protestanten, Universitätsabsolventen, Besitzer von Familienbetrieben und Einwohner von Seoul und Umgebung.

Die Zustimmung für Subventionen bei allen Befragten erstreckte sich über verschiedene Branchen: Die Landwirtschaft, Medien, kleinere Betriebe und veraltete Industrien wurden alle als unterstützungswert angesehen. Der Schutz kleiner und mittlerer Betriebe vor ausländischer Konkurrenz wurde von fast 80 Prozent der Teilnehmer begrüßt, insbesondere von Koreanerinnen. Eine ähnliche hohe Anzahl (73%) befürwortete auch den Schutz von veralterten Betrieben, um sie so zur Konkurrenzfähigkeit zu führen. Die Protektion der koreanischen Medien vor ausländischem Wettbewerb fand ebenfalls unter 71 Prozent der Befragten Zuspruch. Die aktive Einflussnahme des Staates in das Wirtschaftsgeschehen, die das koreanische Entwicklungsmodell gekennzeichnet hatte, wurde von vielen Koreanern immer noch unterstützt. In der Elitegruppe war die Unterstützung gefährdeter Branchen gleichermaßen geschätzt, insbesondere der Schutz von kleinen und mittleren Betrieben. Der staatliche Eingriff zur Rettung einiger Banken und Teilen des Hyundai-Konzerns in der Regierungszeit Kim Dae-jungs demonstrierte, dass diese Haltung auch in den höheren Rängen der Regierung und Verwaltung des Landes durchaus noch vorherrschte.

Wie in vielen anderen Ländern auch, spielte in Korea die Landwirtschaft eine besondere Rolle, wenn es um die Öffnung von Märkten ging. Die Landwirtschaft wurde oft nostalgisch als das Herz Koreas betrachtet. Ländliche Gegenden hatten in den letzten Jahren mit vielen Problemen zu kämpfen und die bäuerlichen Einkommen fielen im Vergleich mit städtischen immer weiter zurück. In der Glasgower Umfrage fanden nur ein Viertel der Bauern ihr Familieneinkommen adäquat, während es für die Mehrheit nicht ausreichend war, um einen angemessenen Lebensstandard zu gewährleisten. Die stufenweise Öffnung des koreanischen Marktes für den Import landwirtschaftlicher Produkte und der Abbau staatlicher Subventionen verstärkten die Probleme für koreanische Bauern, auf die landwirtschaftliche Organisationen durch Demonstrationen und Blockaden aufmerksam machten. In der Glasgower Umfrage fanden Subventionen für die Landwirtschaft breite Unterstützung (81%). Unter den Bauern war die Zahl der Befürworter noch höher, während unter den ungelerten Arbeitern staatliche Unterstützung etwas weniger begrüßt wurde (6 Prozentpunkte Differenz). Auch in Cholla-do und Seoul wurden Beihilfen von weniger Teilnehmern befürwortet (71% und 73%). Die höchsten Zustimmungsraten für landwirtschaftliche Subventionen fanden sich in Chungchong-do und Kyonggi-do (93% und 85%). In einer Fokusgruppe drückte ein Bauer seine Erwartungshaltung

so aus: „Ich baue Obst an. Wenn die Preise fallen, können wir nicht die Produktionskosten für Arbeit und Dünger verdienen. In diesem Fall wollen wir für unsere Verluste Entschädigung.“ Die Regierung fügte sich solchen Forderungen; so wurde beispielsweise nach der Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens mit Chile im Februar 2004 ein mehrjähriges Unterstützungsprogramm initiiert, um die Nachteile für die Landwirtschaft durch die Konkurrenz chilenischer Produkte abzuschwächen.

Unter den koreanischen Bauern fanden sich viele Globalisierungsgegner wie Lee Kyang-hae, der im September 2003 während der WTO-Verhandlungen in Cancun aus Protest Selbstmord beging.<sup>11</sup> Die Antiglobalisierungshaltung offenbarte sich auch in der kritischen Bewertung der Aktionen anderer Länder. In der Glasgower Umfrage gingen über 70 Prozent der Bauern davon aus, dass größere und stärkere Länder wie Amerika kleinere Staaten wie Korea immer unfair behandelten. Die anderen Teilnehmer waren in dieser Frage in zwei gleichgroße Gruppen gespalten: eine Hälfte sah kleinere Länder wenigstens manchmal fair behandelt, die andere Hälfte jedoch war gegenteiliger Meinung. Auch in dieser Frage kamen regionale Unterschiede zu Tage: Cholla-do sah mehr Fairness, Chungchong-do und Cheju-do dagegen empfanden andere Länder zumeist als unfair. Auch die Bürokraten sahen in überdurchschnittlicher Zahl wenig Redlichkeit in Verhalten der mächtigeren Staaten.

## 6 Öffnungspolitik

Die Öffnung des Landes für ausländische Investoren und Unternehmen war in den Vorkrisenjahre umstritten. So unterstützte 1991 nur jeder fünfte Koreaner eine unbeschränkte Öffnung des Landes, während eine Mehrheit eine begrenzte oder verzögerte Öffnung befürwortete (SSSDS 1991). Kim Dae-jungs Öffnungspolitik war ebenfalls umstritten, da sie unter dem Druck des Auslands eingeführt wurde. Im Bereich der wirtschaftlichen Öffnung wurden im Reformprozess dennoch die größten Fortschritte erzielt, da der Druck von außen die Opposition im Lande verringerte (Park Yoon-Shik 2002). Kritiker vermuteten eine Verschwörung des Auslands gegen Korea, verstärkt durch die Drohung einiger Investoren, ihre Kredite und Investitionen abzuziehen, falls keine Reformen durchgeführt würden (Byun 1998; Jwa 1998). Diese negative Einschätzung der Motivationen anderer Länder drückte sich auch in den oben erwähnten Einstellungen zur Fairness größerer Länder aus.

In der Glasgower Umfrage waren die Befragten geteilter Meinung, ob die Politik der wirtschaftlichen Öffnung eine positive oder negative Entwicklung sei. 64 Pro-

---

<sup>11</sup> Zu diesem Zeitpunkt war etwa die Hälfte der Interviews durchgeführt worden. Die Auswirkungen von Lees Selbstmord auf die Umfrageergebnisse sind schwer abzuschätzen, aber die Zahl der Teilnehmer, die noch nie von Antiglobalisierungsprotesten gehört hatten, fiel nach den Ereignissen in Cancun um 7 Prozentpunkte. Die Zahl der Befürworter landwirtschaftlicher Subventionen nahm nach dem Selbstmord geringfügig zu, wie auch die unentschiedenen Antworten, die sich um 3 Prozent vermehrten, aber dies kann auch auf andere Faktoren zurückzuführen sein.

zent sahen die Öffnungspolitik in einem positiven Licht, aber 27 Prozent hielten sie für eine schlechte Politik. Wie auch in der Haltung zur Marktwirtschaft fanden sich mehr negative Gefühle zur Öffnungspolitik unter Frauen (6 Prozentpunkte Differenz), im öffentlichen Dienst und in Chungchong-do. Andererseits waren positive Einstellungen bei den unter 30-Jährigen, Universitätsabsolventen und in Cholla-do weiter verbreitet.

In der Frage nach einer besseren Alternative zur Öffnungspolitik waren die Teilnehmer geteilter Meinung. 45 Prozent sahen keine andere Möglichkeit, und die gleiche Zahl von Teilnehmern konnte sich eine bessere Alternative zur Öffnungspolitik vorstellen. In letzterer Gruppe fanden sich vor allem Befragte außerhalb der großen Städte und in Chungchong-do sowie Bürokraten und Buddhisten. Mehr Zuspruch für die Öffnungspolitik fand sich in Kyonggi-do wie auch unter jüngeren Teilnehmern und Koreanern mit besserer Schulbildung. Im Gegensatz zu vorhergehenden Punkten gab es in dieser Frage keinen Unterschied in den Antworten männlicher und weiblicher Teilnehmer. Wie auch schon in den Einstellungen zur Marktwirtschaft konnte sich wieder die Hälfte der Teilnehmer eine bessere Alternative zur Öffnungspolitik vorstellen, obwohl sie diese als gut einschätzten. Die Umfrage ging nicht näher darauf ein, welche Form diese Alternative annehmen sollte, aber in den Fokusgruppen, die im Vorjahr durchgeführt wurden, erwähnten einige Teilnehmer die Fortsetzung des „besonderen koreanischen Modells“. Auch Reformkritiker forderten ein Modell, das sich an koreanische Bedingungen angepasste, also letztendlich eine Fortsetzung des koreanischen Sonderwegs (z.B. Lee 1999).

Die Öffnung des Landes für ausländische Investoren und internationalen Wettbewerb brachte Vor- und Nachteile. In der Glasgower Umfrage fanden 51 Prozent, dass die Reform mehr Bereicherungen gebracht habe, aber 39 Prozent sahen mehr Beeinträchtigungen. Koreanerinnen waren wiederum skeptischer (mit 5 Prozentpunkten Differenz), wie auch jüngere Teilnehmer und Koreaner mit weniger Schulbildung und geringerem Verdienst. In Kyongsang-do sah eine überdurchschnittliche Zahl der Teilnehmer mehr Vorteile, anders als bei vielen anderen Fragen, bei denen Cholla-do positiver eingestellt war.

Die Glasgower Umfrage gab den Teilnehmern eine Liste, um die Vor- und Nachteile der Öffnungspolitik genauer zu untersuchen (Tabelle 2). Die Einfuhr neuer Technologien und Geschäftsmethoden zu Gunsten koreanischer Firmen wurde von 31 Prozent als der größte Vorteil der Öffnung des Landes identifiziert. Insbesondere unter Frauen fand dies eine höhere Zustimmungsrate (32,4%). Diese Vorteile für koreanische Firmen fanden auch den meisten Zuspruch in Kangwon-do, Chungchong-do und Cholla-do und unter älteren Teilnehmern. Bei den männlichen Befragten nahm der Handel die erste Stelle ein, da der größte Vorteil in der Öffnung neuer Märkte für koreanische Produkte gesehen wurde (32,5%). So erklärte in einer Fokusgruppe ein Manager aus Seoul: „Wenn wir unseren Markt nicht öffnen, können wir nicht unsere Waren in andere Länder exportieren.“ 16 Prozent fanden am wichtigsten, dass die Öffnung gut für die Arbeiter war, da mehr Arbeitsplätze sowie bessere Löhne und Arbeitsbedingungen geschaffen wurden. 15 Prozent sahen Vor-

teile beim Einkauf in Korea, insbesondere ein erweitertes Warenangebot und verbesserte Produktqualität.

Als größten Nachteil der wirtschaftlichen Öffnung empfanden 32 Prozent der Teilnehmer Veränderungen im kulturellen Bereich und meinten, zu viele Ausländer und fremde Ideen kämen nach Korea. Diese Meinung war sowohl unter Bauern wie auch Besserverdienenden vermehrt vertreten. Ältere Koreaner und Teilnehmer im Südwesten waren ebenfalls überdurchschnittlich um die Kultur besorgt. 22 Prozent der Befragten stufen die verstärkte ausländische Konkurrenz für koreanische Firmen als größte Schattenseite ein, während 18 Prozent die Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation als wichtigsten Nachteil nannten. Für 19 Prozent hatte sich die Öffnung negativ auf den Handel ausgewirkt, weil ausländische Märkte für koreanische Produkte weiterhin verschlossen blieben, während ausländische Waren nach Korea importiert wurden. Obwohl die Öffnungspolitik sich hauptsächlich auf wirtschaftliche Aspekte bezog, waren viele Koreaner über die Auswirkungen auf Traditionen und Kultur besorgt. Dies war auf die große Rolle der eigenen Kultur und Traditionen im täglichen Leben einer großen Mehrheit (93%) zurückzuführen. Für 38 Prozent der Koreaner war die eigene Kultur sogar sehr wichtig, während nur wenige Teilnehmer dies für sich persönlich nicht wichtig fanden. Eine große Mehrheit (80%) fürchtete, dass die traditionelle Lebensweise verloren gehe. Zwei Drittel der Teilnehmer erklärten daher, sie begrüßten die stärkere Betonung der eigenen Kultur und Traditionen.

**Tabelle 2: „In welchen Bereichen hat die wirtschaftliche Öffnung die größten Vor- und Nachteile gebracht?“**

	Vorteile (A)	Nachteile (B)	Differenz (A-B)
Koreanische Firmen	31,4%	21,6%	9,8%
Handel	29,1%	18,5%	10,6%
Arbeiter	16,4%	17,8%	-1,4%
Warenangebot und Preise	15,0%	5,6%	9,4%
Kultur	5,0%	31,8%	-26,8%
Andere Antworten	3,1%	4,7%	-1,6%

Quelle: Eigene Umfragedaten.

Im Vergleich der Gewichtung der Vor- und Nachteile der Öffnungspolitik wurden wieder die ambivalenten Haltungen in der Bevölkerung deutlich. Für fast ein Drittel waren die verbesserten Möglichkeiten des Handels der größte Vorteil der Öffnungspolitik. Diese Gruppe beurteilte die Vorteile, die sich innerhalb Koreas ergaben, als weniger wichtig im Vergleich zu den Veränderungen in anderen Ländern. Gleichzeitig sah eine kleinere Anzahl aber auch gegenteilige Entwicklungen. Die Auswirkungen auf koreanische Firmen wurde ebenfalls unterschiedlich bewertet, aber wieder überwiegend positiv. Auch die Entwicklungen für die koreanischen Konsumenten wurden eher begrüßt als abgelehnt. Als Gewinner der Öffnung wurden von einer

Mehrheit in erster Linie koreanische Firmen und der Handel eingestuft, als größter Verlierer der kulturelle Bereich. Diese Ergebnisse ließen einige Rückschlüsse auf die Haltung zur Globalisierung zu. Die Teilnehmer unterstützten eher Entwicklungen, die dem eigenen Land zu Gute kamen, wie die Erschließung neuer Märkte und Technologien. Importe wurden weitaus weniger begrüßt, wie die oft geäußerte Sorge um die Kultur deutlich machte. Globalisierung wurde also als eine Einbahnstrasse betrachtet, in der die Welt sich für Korea öffnete, Korea selbst aber den Status quo der relativen Abschottung aufrecht erhielt.

In der Kritik der Reformpolitik wurden die Arbeitsmarktreformen häufig als negatives Beispiel herausgestellt (vgl. Bullard, Bello und Mallhotra 1998; Kim und Moon 2000). In der Glasgower Umfrage wurde die Situation der Arbeiter von vielen Koreanern als weniger wichtig eingestuft als andere Faktoren, nur rund 17 Prozent nannten die veränderten Arbeitsmarktkonditionen als größten Nachteil der Öffnungspolitik. Landarbeiter stellten die Ausnahme dar, sie nannten öfter die Situation am Arbeitsmarkt als entscheidenden Nachteil. Die Betroffenen, wie ungelernete Arbeiter, dagegen zeigten mehr Sorge um die koreanische Kultur. Zwei Punkte der Umfrage erforschten die Haltungen zur Arbeitsmarktsituation weiter. Die Hälfte der Teilnehmer fand, dass sich die Öffnung sowohl auf die Arbeitsbedingungen wie auch auf die Zahl gut bezahlter Arbeitsplätze positiv ausgewirkt habe. Die klassischen Verlierer der Öffnungspolitik, Arbeiter und Bauern, stimmten dieser Haltung erwartungsgemäß weniger zu. Sechs von zehn Koreanern fanden, dass sich durch die Öffnung die Arbeitsbedingungen positiv verändert hätten. Diese Auffassung wurde besonders von Universitätsabsolventen und der Elitegruppe vertreten, wie auch von Einwohnern Kyonggi-dos. 30 Prozent sahen negative Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen. Diese Einschätzung fand sich vermehrt unter den älteren Teilnehmern und in Cholla-do, aber auch unter Facharbeitern und Besitzern von Familienbetrieben. Zwei Drittel der Befragten stimmten der Aussage zu, dass durch die Öffnung des Landes mehr gut bezahlte Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt worden seien. In dieser Gruppe waren Universitätsabsolventen, Geschäftsleute und Bürokraten öfter vertreten, aber auch Einwohner von Kangwon-do und Chungchong-do. Koreanerinnen dagegen waren eher skeptischer, nur 58 Prozent sahen positive Auswirkungen, ein Unterschied von 7 Prozentpunkten zu den Antworten von Männern.

Wie schon vorher erwähnt, sahen die meisten Koreaner im internationalen Vergleich andere Länder als die Gewinner der Öffnungspolitik. Nur 8 Prozent erwähnten Korea als Sieger. Jeder fünfte Koreaner bezeichnete die USA als Gewinner, obwohl das Land in der Fragestellung nicht direkt erwähnt wurde. Diese Antwort war besonders unter Bauern und Soldaten populär. Im nationalen Vergleich gab es verschiedene Meinungen über die Gewinner der Öffnungspolitik. 31 Prozent wählten Ausländer, 29 Prozent koreanische Geschäftsleute und 23 Prozent Bürokraten in Seoul. Nur jeder zwölfte Teilnehmer dachte, dass die Bürger gewonnen hätten. Diese letztere Haltung war zumeist in Cholla-do zu finden. Koreanische Geschäftsleute hatten vor allem in der Meinung von Frauen, Universitätsabsolventen und Facharbeitern gewonnen. Auch die Einwohner von Cholla-do sahen in dieser



Gruppe die größten Gewinner. Die Geschäftsleute in der Umfrage jedoch dachten, dass Ausländer mehr gewonnen hätten. Auch ungelernete Arbeiter, Anwälte und Ärzte sowie Politiker und die Einwohner von Kangwon-do stimmten dieser Meinung vermehrt zu. Bürokraten wurden vor allem in Kyongsang-do als Gewinner angesehen, aber kaum von der Elitegruppe erwähnt.

## 6.1 Ausländische Investoren

Die vorangehende Frage ließ offen, ob sich die Kommentare auf Ausländer in Korea oder im Ausland bezogen, aber zusätzliche Fragen analysierten die Haltungen zu ausländischen Investitionen. Reformkritiker wie auch Gewerkschaften sahen keine Vorteile für Korea in ausländischem Engagement und beschrieben ausländische Investitionen als eine Übernahme des Auslandes, um so koreanische Firmen zu kontrollieren oder gar zu zerstören (siehe auch Lee 1999). Diese Meinung wurde von vielen Koreanern geteilt, vor allem von der älteren Generation. In der Umfrage *Korea Barometer* von 1997 (Shin und Rose 1997: 10) opponierten 65 Prozent gegen ausländische Eigentümer großer Firmen und 58% gegen kleinere Betriebe und Geschäfte in ausländischem Besitz. In einer Fokusgruppe in einer Kleinstadt gab ein Taxifahrer diese Auffassung wieder: „Ausländische Investoren kommen nach Korea, weil sie es für profitabel halten. Und dann, wenn sich die Verhältnisse ändern, ziehen sie große Summen ab.“<sup>12</sup> Diese Stimmung wurde aber auch als Hindernis für ausländische Investitionen angesehen, was die Bedeutung der öffentlichen Meinung für den Erfolg der Reformpolitik unterstrich (siehe z.B. AMCHAM 2002). In der Glasgower Umfrage bewerteten die Teilnehmer die Rolle von ausländischen Unternehmen in Korea als positiv: Zwei Drittel der Befragten fanden, dass diese durch Technologietransfer und Investitionen der Wirtschaft behilflich seien. Die restlichen Teilnehmer erklärten im Gegensatz dazu, dass ausländische Firmen billige Arbeitskräfte und Rohstoffe nur zu ihrem eigenen Vorteil ausbeuteten. Die meisten Antworten fanden sich dabei im gemäßigten Bereich der Skala, d.h., ausländische Firmen halfen „ein wenig“ oder beuteten „ein wenig“ aus. Positivere Einstellung zur Rolle ausländischer Firmen gingen einher mit ähnlichen Gefühlen über die Öffnungspolitik. Wieder waren jüngere Teilnehmer, Protestanten und ungelernete Arbeiter positiver eingestellt, wie auch die Einwohner von Cholla-do und Besitzer von Familienbetrieben. Koreanerinnen im Gegensatz dazu wiesen abermals negativere Ansichten auf (5 Prozentpunkte Differenz), wie auch Teilnehmer in Chungchong-do und Cheju-do. Desgleichen sahen Bauern, Selbständige und die Elite eher die negativen Seiten des ausländischen Engagements.

Verglichen mit ausländischen Investitionen wurde der Zustrom von Experten und Geschäftsleuten aus dem Ausland noch positiver ermesssen. Über 90 Prozent

---

<sup>12</sup> Eine ähnliche Klage konnten aber auch Arbeiter in anderen Ländern wie Großbritannien und der Ukraine äußern, als koreanische Firmen in den späten 1990er-Jahren ihr Engagement dort abrupt beendeten (z.B. Hyundai Semiconductors in Schottland, Daewoo in der Ukraine).

empfanden ausländische Experten als gut für Korea, während Arbeiter aus weniger entwickelten Ländern weniger willkommen waren. Nur knapp die Hälfte der Teilnehmer begrüßte diese Arbeiter, während 38 Prozent sie als schlecht für Korea verstanden. In den Fokusgruppen begründeten Teilnehmer ihre Abneigung damit, dass ausländische Arbeiter angeblich Koreanern Arbeitsplätze wegnähmen und die koreanische Wirtschaft schädigten, wenn sie ihren Lohn ins Ausland überwiesen. In den Fokusgruppen wurde auch betont, dass Experten und ausländische Investitionen willkommen seien, da diese Korea Zugang zu Kapital und moderner Technologie verschafften: „Ausländische Firmen sind in den meisten Fällen fortschrittlich. Sie geben uns den Durchbruch“ (mit den Worten einer jungen Studentin). Desgleichen äußerte eine Hausfrau aus Taejon: „Ausländische Firmen sind fortschrittlich und anders. Sie arbeiten mit anderen Methoden. Wir müssen von ihnen lernen.“

Die Glasgower Umfrage ermittelte, dass die meisten Teilnehmer der Meinung, dass Korea noch vom Ausland lernen könne, zustimmten. Fast jeder Vierte erklärte, dass das Land in wirtschaftlichen Fragen noch viel lernen könne. 56% fanden, dass durchaus etwas gelernt werden könne, während nur 5% sehr wenig oder gar nichts Lernenswertes im Ausland sahen. Koreanerinnen waren weniger überzeugt von der Notwendigkeit, viel vom Ausland zu lernen, ihre Antworten fielen mehr in die abgeschwächte Kategorie („ein wenig zu lernen“). Nur eine Handvoll Politiker und Bürokraten verneinte die Notwendigkeit, von anderen Ländern zu lernen. In der Beantwortung dieser Frage beeinflusste die Teilnehmer nicht, wie sie über die Marktwirtschaft und die Öffnungspolitik dachten; die Befürworter des Imports ausländischer Ideen fanden sich in allen Gruppen.

Ungeachtet der positiven Bewertung ausländischer Firmen und Joint-Ventures waren diese als Arbeitgeber nicht besonders geschätzt. Nur 14 Prozent gaben an, sie wollten gerne dort arbeiten. Erste Wahl bei der Entscheidung über den idealen Arbeitgeber war für über ein Drittel der Teilnehmer der öffentliche Dienst. Auch staatliche Firmen waren beliebt als Arbeitgeber (28%), vor allem unter Koreanerinnen (6 Prozentpunkte Differenz). Der eigene Familienbetrieb und andere koreanische Firmen waren weniger geachtet (12% und 9%). Die Sicherheit des Arbeitsplatzes stellte den Hauptgrund für die Wahl staatlicher Betriebe und der Verwaltung dar, eine Auswirkung der Verunsicherung über die eigene berufliche Zukunft, welche die Wirtschaftskrise ausgelöst hatte. Die Möglichkeiten des beruflichen Aufstiegs und der persönlichen Entwicklung wurden von 24 Prozent als Hauptgrund für die Wahl des idealen Arbeitsplatzes angegeben. Ein hohes Einkommen erwähnten nur 14 Prozent als Grund für ihre Auswahl und nannten eher ausländische Unternehmen als bevorzugten Arbeitgeber. Koreanische Firmen und Familienbetriebe wurden oft auf Grund der als besser ermessenen Karrieremöglichkeiten geschätzt. Im regionalen Vergleich waren ausländische Firmen in Seoul und Kyonggi-do beliebter, wo sich auch die Mehrheit der ausländischen Unternehmen angesiedelt hatte. Teilnehmer in Cholla-do und Chungchong-do dagegen waren eher abgeneigt, in ausländischen Unternehmen zu arbeiten. Mit zunehmenden Alter nahm auch die Präferenz für die Verwaltung zu, im Gegensatz zu ausländischen Firmen, die weniger geachtet wurden. Unter den Teilnehmern, die noch keine 30 Jahre alt waren, konnten sich immer-

hin 18 Prozent eine ausländische Firma als idealen Arbeitsplatz vorstellen, aber nur 8 Prozent der Befragten über 60 waren gleicher Ansicht. Im Vergleich mit dem gegenwärtigen Arbeitsplatz wurde deutlich, dass nur eine Minderheit der Teilnehmer dort zufrieden war. Nur jeder Fünfte wählte den eigenen Arbeitsplatz als den idealen Sektor, mit Ausnahme der Angestellten des öffentlichen Dienstes. Hier blieben 44 Prozent demselben Sektor treu. Wie anfangs gesehen, war diese Gruppe auch zumeist zufrieden mit dem Lebensstandard der eigenen Familie und dessen Entwicklung in den letzten Jahren.

## **7 Zusammenfassung**

In den letzten fünf Jahren haben sich in Korea große Veränderungen vollzogen, die sich in verschiedener Weise und in unterschiedlichem Umfang auf die Bevölkerung ausgewirkt haben. Dabei schien sich der Arbeitsplatz auf die Einschätzung der Entwicklungen auszuwirken. In Sektoren, die eher weniger von Krise und Reformen betroffen waren, wie der öffentliche Dienst, äußerten die Teilnehmer größere Zufriedenheit mit der eigenen Situation und der Lage in Korea. Bauern dagegen hatten eine Verschlechterung des Lebensstandards zu verkraften und beurteilten die Lage und die Reformen daher eher negativ. Auch die weiblichen Teilnehmer, die in koreanischen Familien zumeist für die Finanzen zuständig waren, hatten einen weniger positiven Eindruck. Die allgemeine Situation in Korea hatte sich in den Augen der Teilnehmer in vielen Bereichen verschlechtert: Abgesehen von der wechselhaften Wirtschaftsentwicklung waren Kriminalität und Korruption und auch die Unterschiede zwischen Arm und Reich angestiegen, während sich die Chancen für eine Verbesserung der eigenen Lebensumstände durch Ausbildung und harte Arbeit verringert hätten. Vergleiche mit älteren Umfragen zeigten allerdings, dass in den 1990er-Jahren generell eine pessimistischere Haltung vorherrschte.

Die Ergebnisse wiesen regionale Differenzen auf, vor allem einen markanten Gegensatz zwischen Cholla-do und Chungchong-do (und, weniger ausgeprägt, Kyongsang-do). Die unterschiedlichen Einschätzungen wurden nicht direkt durch objektive Daten unterstützt, sondern waren wohl eher auf politische Differenzen zurückzuführen. Die Einwohner von Cholla-do, die sich über Jahrzehnte von Seoul vernachlässigt fühlten, beurteilten die Leistungen der Regierung Kim Dae-jung, eines „Sohnes des Südwestens“, positiver als die Übrigen.

Eine Auswirkung der Krise war eine Vergrößerung der Differenz zwischen armen und reichen Koreanern, eine Entwicklung, die im Allgemeinen nicht begrüßt wurde. Zur Verringerung dieser Unterschiede unterstützten die Teilnehmer Eingriffe des Staates in das Wirtschaftsgeschehen in Form von Subventionen und Sozialleistungen. Diese Eingriffe standen aber mit einem neoliberalen Modell der Marktwirtschaft in Konflikt. Koreaner waren daher von den Vorteilen der Marktwirtschaft weniger überzeugt als die Regierung, die Reformen in diese Richtung in die Wege leitete. Die Öffnungspolitik, ein unabkömmlicher Teil der Marktwirtschaft, wurde in der Bevölkerung positiver eingeschätzt, aber diese Unterstützung ging nicht unbe-

dingt auch mit einer positiven Einstellung zur Marktwirtschaft einher. 36 Prozent der Teilnehmer konnten sich bessere Alternativen zu beiden Konzepten vorstellen. Und nur 19 Prozent sahen beide als den einzig möglichen Weg für eine erfolgreiche Weiterentwicklung Koreas an. Die Regierung hatte es anscheinend nicht vermocht, die Bevölkerung von den Vorteilen der Reformen zu überzeugen.

Viele Koreaner beurteilten die Öffnungspolitik positiv, solange dies in Koreas Interesse lag. Als Vorteile wurden vor allem weniger Handelsbarrieren und der Technologietransfer angesehen. Die Reduzierung der Rechte der Arbeiter und die größere Konkurrenz für die Landwirtschaft wurden als nachteilige Auswirkungen der Öffnungspolitik empfunden, die viele Koreaner durch staatliche Maßnahmen abgeschwächt sehen wollten. Diese Haltungen verdeutlichten, dass die Koreaner weniger bereit waren, sich dem Ausland zu öffnen, als Korea ins Ausland zu tragen. Als besonders unerfreulich wurde die Öffnung im kulturellen Bereich betrachtet, sodass die Mehrzahl der Koreaner eine stärkere Förderung der koreanischen Traditionen und Kultur forderten. Viele Teilnehmer sahen Globalisierung offenbar als eine Einbahnstraße an, auf der Korea in die Welt hinausgeht, aber weniger Einflüsse nach Korea einfließen sollten.

Im Sommer 2003 waren Koreaner noch nicht von den Reformen der letzten Jahre überzeugt und konnten sich durchaus Alternativen vorstellen. Viele Koreaner bemängelten auch die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, sahen aber im Widerspruch zu den eigenen Äußerungen die Veränderungen generell als positiv an. Ungeachtet der negativen Gefühle blickten viele Teilnehmer durchaus positiv in die Zukunft. Sechs von zehn Befragten glaubten, dass der Lebensstandard der eigenen Familie im nächsten Jahrzehnt stetig ansteigen werde, während ein Drittel eine stetige Verschlechterung erwartete. Trotz der oftmals ablehnenden und negativen Äußerungen schien eine Mehrheit der Koreaner also zu erwarten, dass die Reformen in Zukunft Früchte tragen werden.

### Literaturverzeichnis

- AMCHAM = American Chamber of Commerce Korea (2002), „AMCHAM Korea Business Environment Survey“, [www.amchamkorea.org/publications/upload/business\\_environment\\_survey.pdf](http://www.amchamkorea.org/publications/upload/business_environment_survey.pdf), Aufruf am 17.2.2004
- Bullard, Nicola, Walden Bello und Kamal Mallhotra (1998), „Taming the Tigers: The IMF and the Asian Crisis“, in: *Third World Quarterly* 19, 3, S.505-556
- Byun, Yong-shik (1998), „Korea's Dilemma: A Prisoner of the Market Economy“, in: *Korea Focus* 6, 2, S.110-113
- Chang, Ha-Joon (1998), „Korea: The Misunderstood Crisis“, in: *World Development* 26, 8, S.1555-1561
- Cho, Dong-sung (1998), „Korea's Economic Crisis: Causes and Agenda for Recovery“, in: *Korea Focus* 6, 1, S.15-26
- Hayo, Bernd und Shin Doh Chull (2002), „Mass Attitudes toward Financial Crisis and Economic Reform in Korea“, *Studies in Public Policy* Nr.363, Glasgow: University of Strathclyde: Centre for the Study of Public Policy

- IKES = Institute for Korean Election Studies (1992), „Korean Presidential Election 1992“, [www.ssd.gu.se/kid/swe/cbk/SSD\\_0442.html](http://www.ssd.gu.se/kid/swe/cbk/SSD_0442.html), Aufruf am 21.8.1996
- IMF = International Monetary Fund (1997), „Korea Letter of Intent, December 3, 1997“, [www.imf.org/external/np/loi/120397.htm](http://www.imf.org/external/np/loi/120397.htm), Aufruf am 17.2.2004
- Jwa, Sung-hee (1998), „IMF’s Short-Term Economic Management at Issue“, in: *Korea Focus* 6, 6, S.132-134
- Kalinowski, Thomas (2002), „Die Entwicklung Südkoreas seit der Asienkrise 1997: Zwischen gewachsenen Strukturen und IWF-Reformen“, in: Patrick Köllner (Hrsg.) *Sozialwissenschaftliche Koreaforschung in Deutschland*, Hamburg: Institut für Asienkunde, S.115-130
- Kim, Seung-kyung und John Finch (2002), „Living with Rhetoric, Living against Rhetoric: Korean Families and the IMF Economic Crisis“, in: *Korean Studies* 26, 1, S.120-141
- Kim, Yong Cheol und Moon Chung-In (2000), „Globalization and Workers in South Korea“, in: Samuel S. Kim (Hrsg.), *Korea’s Globalization*, Cambridge: Cambridge University Press, S.54-75
- Kim, Wang-Bae (2003), „Economic Crisis, Downsizing and ‚Layoff Survivor’s Syndrome‘“, in: *Journal of Contemporary Asia* 33, 4, S.449-465
- Lee, Chan-keun (1999), „Korean Economy in the Era of Globalization“, in: *Korea Focus* 7, 2, S.86-98
- Lee, Joung-Woo (2002), „The Financial Crisis and Economic Inequality in Korea“, in: *Korea Journal* 42, 1, S.178-203
- Lee, Sung-yul (1997), „IMF Bailout Hurts Korean Pride“, in: *Korea Herald*, 25.11.1997
- Mo, Jungryn und Moon Chung-In (1999), *Democracy and the Korean Economy*, Stanford: Stanford University Press
- Moon, Chung-In und Jae-jin Yang (2002), „The Kim Dae-jung Government and the Productive Welfare Initiative: Ideals and Reality“, in: Moon Chung-In und David I. Steinberg (Hrsg.), *Korea in Transition: Three Years under the Kim Dae-jung Government*, Seoul: Yonsei University Press, S.181-206
- Park, Gil-sung (1998), „Korea’s Collapsing Middle Class“, in: *Korea Focus* 6, 2, S.146-149
- Park, Hun Joo (2002), „After Dirigisme: Globalization, Democratization, the Still Faulted State and Its Social Discontent in Korea“, in: *The Pacific Review* 15, 1, S.63-88
- Park, Yoon-Shik (2002), „Moral Hazard, Financial Reforms, and the Role of the State“, in: Moon Chung-In und David I. Steinberg (Hrsg.), *Korea in Transition: Three Years under the Kim Dae-jung Government*, Seoul: Yonsei University Press, S.145-158
- Pew = Pew Research Center for The People & The Press (2003), „Views of a Changing World“, Washington: The Pew Research Center for The People & The Press, <http://people-press.org/reports/pdf/185.pdf>, Aufruf am 17.2.2004

- SSSDS = Swedish Social Science Data Service (1991), „Korean National Opinion Poll 1991“, Principal Investigator: Jung-Ang Daily News, [www.ssd.gu.se/kid/swe/cbk/SSD\\_0393.html](http://www.ssd.gu.se/kid/swe/cbk/SSD_0393.html), Aufruf am 27.11.1996
- Shin, Doh Chull und Richard Rose (1997), „Koreans Evaluate Democracy: A New Korea Barometer Survey“, Studies in Public Policy Nr.292, Glasgow: University of Strathclyde, Centre for the Study of Public Policy
- Shin, Doh Chull und Richard Rose (1998), „Responding to Economic Crisis: The 1998 New Korea Barometer Survey“, Studies in Public Policy Nr.311, Glasgow: University of Strathclyde, Centre for the Study of Public Policy
- Shin, Doh Chull und Richard Rose (2000), „New Korea Barometer 1999“, Studies in Public Policy Nr.327, Glasgow: University of Strathclyde, Centre for the Study of Public Policy
- You, Jong-Il und Lee Ju-Ho (1999), „Economic and Social Consequences of Globalization: The Case of South Korea“, Korea Development Institute School Working Paper 99-04, Seoul: Korea Development Institute

Patrick Köllner, Hrsg.

# KOREA 2004

POLITIK  
WIRTSCHAFT  
GESELLSCHAFT

mit  
Beiträgen  
von

Joachim Bertele  
Heike Hermanns  
Phillan Joung  
Thomas Kern  
Pia Kleis  
Patrick Köllner  
Heinrich Kreft  
Harald Maass  
Mascha Peters  
Manfred Pohl  
Bernhard Seliger  
Tobias Stern



INSTITUT FÜR ASIENKUNDE  
HAMBURG

ISSN 1432-0142  
ISBN 3-88910-308-1

Copyright Institut für Asienkunde  
Hamburg 2004

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje M.A.  
Redaktionsassistentz: Siegrid Woelk  
Gesamtherstellung: einfach-digital print edp GmbH, Hamburg

<p><b>Korea 2004. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft</b> / hrsg. von Patrick Köllner. – Hamburg : IFA, 2004. – 307 S. ISSN 1432-0142 ISBN 3-88910-308-1</p>
--



VERBUND STIFTUNG  
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT  
Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien.

Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Nähere Informationen zu den Publikationen sowie eine Online-Bestellmöglichkeit bietet die Homepage: [www.duei.de/ifa](http://www.duei.de/ifa).

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die kostenfrei recherchierbare Literaturdatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde ([www.duei.de/dok](http://www.duei.de/dok)) eingegeben.

Anfragen zur Asienliteratur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: 040/42825-598 – Fax: 040/42825-512 – E-Mail: [dok@duei.de](mailto:dok@duei.de)).